

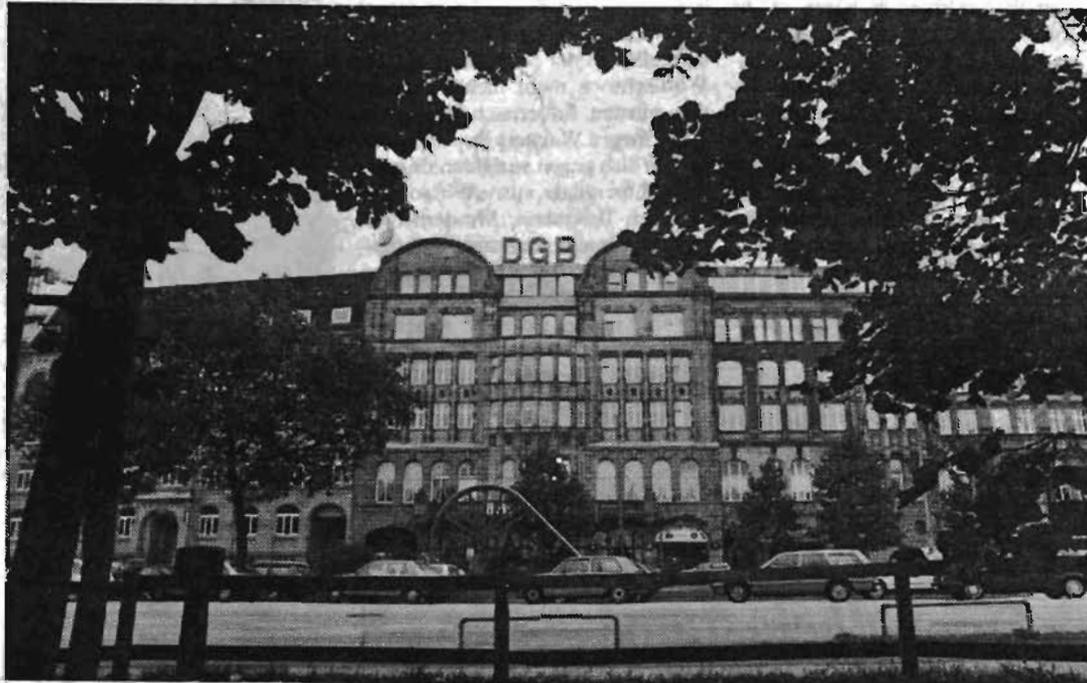
Müllbewegung wird rot-grün

Gewerkschaften, Umweltbewegung und Grünalternative schmieden Aktionsbündnis gegen städtische Müllpolitik / Großdemonstration gegen Müllverbrennung und Privatisierung

■ taz. „Wir lassen uns nicht mehr ausspielen - Umwelt- und Gewerkschaftsbewegung handeln gemeinsam. Hamburg braucht eine Stadtreinigung mit fachkundigen Müllwerkern, die den Abfall getrennt abholen und umweltschonend behandeln. Eine teilprivatisierte Müllabfuhr, die nur noch den Dreck einsammelt und zum Verbrennungsofen bringt, wollen wir nicht...“ In diesen Sätzen eines Flugblatts, welches gestern in der traditionsreichen Hamburger Gewerkschaftszentrale am Besenbinderhof vorgestellt wurde, verbirgt sich politischer Sprengstoff.

Mit den Forderungen „Ökologische Abfallwirtschaft jetzt! - Keine Privatisierung!“ ruft ein neugegründetes „Aktionsbündnis für Ökologie und Arbeit“ für Donnerstag, den 14. September, zu einer Großdemonstration gegen die städtische Müllpolitik auf. Brisant ist nicht allein die inhaltlich gut begründete Kritik an den Plänen des Senats, die Hamburger Müllverbrennung enorm auszuweiten und an private Betriebe zu verschern - brisant sind vor allem Breite und Zusammensetzung des neuen Bündnisses.

Neben der Gewerkschaft ÖTV wird der Demonstrationsaufruf unterstützt von führenden Gewerkschaftlern der IG Medien, der HBV und der GEW, sogar DGB-Chef Eberhard Pumm unterschrieb, zog seine Unterschrift allerdings zurück, um als gewerkschaftliche Integrationsfigur nicht zu sehr unter Beschuß von IG Metall und IG Chemie zu geraten. So unterstützt zwar der DGB-Kreisvorstand im Prinzip den Aufruf ebenso wie eine Vielzahl



Rot-grünes Vorbild fürs Rathaus: Das Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof

foto: henning scholz

von SPD-Bürgerschaftsabgeordneten - zum öffentlichen Bekenntnis wollte man sich allerdings nun doch noch nicht durchringen. Neben fast allen Hamburger Umweltgruppen (Robin Wood, BUND...) beteiligt sich auch die GAL - bislang zumeist ein rot(-grünes) Tuch für die großen Hamburger Gewerkschaften.

ÖTV-Vize Rolf Fritsch, zuständig für Umweltpolitik in Hamburgs ÖTV, ging gestern scharf mit der Senatspolitik ins Gericht. Man ha-

be es lange und mehrfach auf traditionellem Weg versucht - durch Gespräche mit der Baubehörde, mit SPD-Abgeordneten und Bausenator Eugen Wagner persönlich. „Überhaupt keine Resonanz“ fand die ÖTV laut Fritsch bei ihren langjährigen Bemühungen um ein an Ökologie und Arbeitsplatz orientiertes Abfallwirtschaftskonzept. Fritsch stellte eine „weitestgehende Übereinstimmung“ seiner Gewerkschaft mit den Umweltinitiativen

fest. „Spätestens 1994 gibt es ein Mülldesaster“, so Fritsch, wenn nicht unverzüglich umgesteuert werde. Es geht nicht um die Person Eugen Wagner, „sondern um eine politische Richtung - die gilt es zu bekämpfen!“ Allerdings, so Fritsch über das Gespann Voscherau/Wagner: „Es wird nicht durchzuhalten sein, mit Wagner um Wählerstimmen zu werben. Auch Voscherau wird das merken.“

Florian Marten